

Rückblick 2012 / Ausblick 2013 – Transparenz und Bürgerbeteiligung

Das Recht auf freien Zugang zu Dokumenten der öffentlichen Verwaltung (siehe auch Informationsfreiheitsgesetz) hilft leider nicht bei landeseigenen GmbHs, die sich faktisch der parlamentarischen und öffentlichen Kontrolle entziehen. So war und bleibt unser wichtigstes Thema 2012 und 2013, diesen Mangel an Transparenz und Bürgerteilhabe zu kritisieren. Wir finden, dass das finanzschwache, aber kultureiche Berlin sich von Anfang an Transparenz bei allen stadtentwicklungspolitischen Planungs- und Bauprojekten leisten müsste.

„Städtische Leitbilder werden meist in umfangreichen partizipativen Prozessen erarbeitet und stellen eine verbindliche Grundlage für Planungsentscheidungen dar. Sie dienen als Ausgangspunkt für die Bauleitplanung oder bereiten die Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans (FNP) vor.“ *(Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung - Kommunale Kompetenz Baukultur, Werkzeugkasten der Qualitätssicherung)*

Bei den regierenden Parteien in Berlin sind die Potentiale dieses Werkzeugkastens offenbar noch nicht angekommen. Erst schloss man den City Flughafen Tempelhof gegen den nachweislichen Willen von 529 880 Berlinern, die beim Volksentscheid 2008 dafür gestimmt hatten, dass Tempelhof ein Verkehrsflughafen und damit sinnvoll genutzt eine gewinnbringende Einnahmequelle von Berlin bleibt. Das waren über 100 000 Stimmen mehr als Klaus Wowereit's SPD bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2006 erhalten hatte.

Dann beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus, unter der damals noch rot-roten Landesregierung, die Gründung einer landeseigenen Gesellschaft zur Entwicklung des ehemaligen Flughafenareals und gab damit die parlamentarische Kontrolle faktisch zum 1. Januar 2011 aus der Hand. Seitdem ist der Projektentwickler Gerhard W. Steindorf alleiniger Geschäftsführer der „Tempelhof Projekt GmbH“, bezahlt ausschließlich von Steuermitteln.

Und schließlich ging der Regierende Bürgermeister und Kultursenator Wowereit, nachdem seine Partei im Herbst 2011 weitere Stimmen der Berliner Wähler verlor, eine große Koalition mit der CDU ein und kassierte deren „erstes Berliner Bürger-Wahlprogramm“:

„In Tempelhof bietet sich auf einer Fläche doppelt so groß wie Monaco eine einmalige Chance für die Zukunft unserer Stadt. Doch nach jahrelangem Nichtstun verfolgt der Senat nun eine Strategie der Beliebigkeit und ignoriert die historische, architektonische und stadtplanerische Bedeutung des ehemaligen Flughafens. Diese Planlosigkeit kostet uns Millionen: (...) Der Unterhalt des Geländes kostet über 100.000 Euro täglich. Die Entwicklung wird noch teurer, allein die infrastrukturelle Erschließung des ersten Bauabschnitts soll nach Angaben der zuständigen Entwicklungsgesellschaft bis zu 250 Millionen Euro kosten. (...) Dabei muss die langfristige Nutzung große Freiflächen erhalten sowie das vorhandene städtische Umfeld und Bestandsflächen berücksichtigen. Bis dahin dürfen überteuerte Teilprojekte, die einer späteren ganzheitlichen Nutzung im Wege stehen - etwa ein sinnloser Neubau der Zentral- und Landesbibliothek - nicht ausgeführt werden. (...)“ *(Quelle: Bürger-Wahlprogramm der CDU vom Sommer 2011, an das sich die Partei heute in der Mitregierungsverantwortung scheinbar nicht mehr erinnern kann)*

Wer möchte, dass sich die Berliner Politik jetzt vorrangig um eine sinnvolle Entwicklung des denkmalgeschützten Flughafengebäudes kümmern und das freie Feld davor mit den beiden Landebahnen für Berlin als Gesamtensemble erhalten soll, setze bitte ein Zeichen von aktiver Bürgerbeteiligung und unterschreibe das Volksbegehren zum Erhalt dieser einmaligen Freifläche, siehe auch <http://thf100.de/aktion/articles/aktion.html>
<http://www.plattformnachwuchsarchitekten.de/meinung.html> **Berlin, 26. Dezember 2012**